

Volksbegehren „ÖSTERREICH - sparsam, modern“

Wir fordern, dass

- 1) eine Verwaltungsebene in Österreich aufgelöst wird,
- 2) alle Subventionen, Förderungen und Transferleistungen in die Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmen und Arbeitnehmern einbezogen werden und
- 3) die gesetzlich verankerten Pflichtmitgliedschaften für Personen und Unternehmen in Kammern abgeschafft werden.

Der Nationalrat möge unverzüglich Bundes(-verfassungs-)gesetze zur Umsetzung dieses Volksbegehrens beschließen.

Gründe für die vorgeschlagenen Änderungen sind

Auflösung der Verwaltungsebene

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 bedeutete auch eine zusätzliche Gesetzgebungs- und Verwaltungsebene.; bis heute ohne Konsequenzen für die innerösterreichischen Verwaltungsebenen.

Die zunehmende Digitalisierung nicht nur der Verwaltung, sondern jedes einzelnen Bürgers verringerte die geografische Distanz zwischen Verwaltung und Bürger auf ein Minimum. Die Erreichbarkeit von Verwaltungsstrukturen für BürgerInnen erfordert heute nicht mehr eine unmittelbare geografische Nähe zum Wohnort.

Die demographische Entwicklung Österreichs zeigt in Richtung eines Arbeitskräftemangels, der auch die österreichische Verwaltung bereits jetzt trifft und zukünftig noch stärker treffen wird.

Durch die Streichung einer Verwaltungsebene wird die Österreichische Verwaltung effektiver mit weniger finanziellem Aufwand.

Einbeziehung aller Subventionen, Förderungen und Transferleistungen in die Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmen und Arbeitnehmern

Das österreichische Steuersystem mit all seinen Ausnahmen führt in der Zusammenschau mit Subventionen, Förderungen und Transferleistungen dazu, dass die Steuergerechtigkeit verloren ging.

Eine Treffsicherheit in der Besteuerung von Einkommen kann mit der Einbeziehung aller Subventionen, Förderungen und Transferleistungen in die Steuerbemessungsgrundlage erreicht werden.

Als Nebeneffekt bekommen die Finanzbehörden damit einen genauen Überblick über alle Subventionen, Förderungen und Transferleistungen. Auf dieser Grundlage kann der Gesetzgeber auch das staatliche Unterstützungssystem treffsicherer gestalten bzw. Doppel- und Dreifachförderungen reduzieren/abschaffen.

Abschaffung der Pflichtmitgliedschaften für Personen und Unternehmen in Kammern

Trugen die Kammern (Selbstverwaltungskörper, in denen Personen zur Wahrung ihrer gemeinsamen, in ihrer beruflichen oder örtlichen Zugehörigkeit wurzelnden Interessen zusammengefasst werden können) von der Gründungszeit der 2. Republik bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Österreichs wesentlich bei, sind die Kammern heute Besitzstandswahrer. Sie bedienen hauptsächlich Partikularinteressen und haben oftmals nicht mehr die Interessen ihrer Zwangsmitglieder im Fokus.

Kammern, die um ihre Mitglieder werben müssen, werden agiler und flexibler und tragen damit besser zum Erfolg Österreichs in einer globalisierten Welt bei.